

# Auch Linke sind für ein Burkaverbot

**Volksinitiative** Der Ständerat verwirft das SVP-Anliegen deutlich und sagt ebenso deutlich Ja zum indirekten Gegenvorschlag. Doch das Burkaverbot hat viele Sympathisanten – selbst bei der SP.

**Gregor Poletti**

Sie wollte in ihrer letzten Session noch einmal ein starkes Zeichen setzen: Die linke Ständerätin Géraldine Savary plädierte für ein Begehren aus der rechten Ecke. Obwohl die SP-Politikerin der Initiative für ein Burkaverbot «Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie» attestiert, unterstützt sie diese. Die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts könne sie nicht tolerieren, das Tragen einer Burka oder eines Nikabs könne doch nicht als individuelle Freiheit angesehen werden.

Doch der Ständerat empfiehlt wie erwartet mit 34 gegen 9 Stimmen die Ablehnung des Volksbegehrens. Dieses fordert ein generelles Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum mit ganz wenigen Ausnahmen, etwa für Polizisten oder wenn es sich um einen einheimischen Brauch handelt. Der Gegenvorschlag des Bundesrates wurde hingegen deutlich angenommen. Dieser will lediglich eine gesetzliche Pflicht einführen, das Gesicht zu zeigen, wenn eine Person identifiziert werden muss. Dies betrifft etwa die Bereiche Migration, Zoll oder Billettrollen in öffentlichen Verkehrsmitteln.

## Namhafte Befürworter

Savary ist zwar die einzige Linke im Ständerat, die für die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» stimmte. Aber auch weitere SP-Vertreter können sich mit dem Volksbegehren anfreunden. «Wir wissen natürlich, dass es auch bei der SP Frauen und Männer gibt, die mit dieser Initiative sympathisieren», sagt Nationalrätin Min Li Marti. Aus feministischer Sicht sei das Unbehagen durchaus nachvollziehbar. Mit einer Ganzkörperverhüllung werde den Betroffenen die Identität genommen. Marti lehnt das Verbot indes klar ab. Bereits früher schon bekannten sich etwa



In Locarno ermahnen Polizisten Nora Illi, Frauenbeauftragte des Islamischen Zentralrats der Schweiz, ihr Gesicht nicht zu verhüllen. Foto: Keystone

der Zürcher Sicherheitsdirektor Mario Fehr oder der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Pierre-Yves Maillard, zu einem Verbot. Für Aufsehen sorgte auch Chantal Galladé, als sie als SP-Nationalrätin (inzwischen politisiert sie für die GLP) offen das Ansinnen der Initiative unterstützte.

Die meisten SP-Politiker, die SP-Frauen und auch die Juso sind jedoch nach wie vor dezidiert gegen die Initiative des Egerkinger Komitees, das mit der Minarettinitiative vor zehn Jah-

ren einen überraschenden Erfolg erzielt hat. «Die SP ist gegen dieses Volksbegehren. Und der indirekte Gegenvorschlag des Bundesrates ist richtig, aber zu wenig umfassend, da er die Gleichstellung der Frauen ausklammert», sagt Nadine Masshardt, Vizepräsidentin der SP-Bundeshausfraktion.

Deshalb wird sie in der vorbereitenden Kommission des Nationalrates einen neuen Gegenvorschlag einbringen. Die grosse Kammer wird sich voraussichtlich in der nächsten Session da-

mit befassen. Ihr Vorschlag soll dazu führen, dass der Bund künftig etwa auch Finanzhilfen für Gleichstellungsprojekte gewähren kann, etwa um Migrantinnen bei Deutschkursen besser einzubeziehen. Ob damit die linken Sympathisanten für ein Burkaverbot besänftigt werden können, ist offen. Min Li Marti befürchtet nicht, dass die Fronten innerhalb der SP jetzt aufbrechen. Es gebe bei einzelnen Linken aus der Romandie Sympathien, was wohl mit der Nähe zu Frankreich erklärbar sei, das eine

laizistische Tradition und ein Verbot der Ganzkörperverschleierung kenne.

Der Initiative werden gute Chancen eingeräumt. Der parteilose Ständerat Thomas Minder prophezeit dem Burkaverbot sogar einen markant grösseren Ja-Stimmen-Anteil als der Minarettinitiative (57,5 Prozent). Darauf deuten auch erste Umfragen hin: Im Januar 2018 sagten in einer repräsentativen Umfrage 76 Prozent der Befragten, dass sie die Initiative «sicher» oder «eher» annehmen würden.

## Wie es Europa mit der Verschleierung hält



Die Karte zeigt die Verbreitung von Gesetzen zum Verbot von Gesichtverhüllungen in Europa. In Frankreich, Deutschland und Großbritannien ist das Verhüllen des Gesichts verboten. In Italien, Spanien und anderen Ländern ist es erlaubt. In vielen anderen europäischen Ländern ist die Regelung nicht einheitlich.

Die Karte zeigt die Verbreitung von Gesetzen zum Verbot von Gesichtverhüllungen in Europa. In Frankreich, Deutschland und Großbritannien ist das Verhüllen des Gesichts verboten. In Italien, Spanien und anderen Ländern ist es erlaubt. In vielen anderen europäischen Ländern ist die Regelung nicht einheitlich.